Stand: 15.12.2025 19:32:24

Vorgangsmappe für die Drucksache 17/11816

"Mindestpersonalschlüssel an Universitätsklinika in Bayern einführen!"

Vorgangsverlauf:

1. Initiativdrucksache 17/11816 vom 08.06.2016
2. Plenarprotokoll Nr. 75 vom 09.06.2016
3. Beschlussempfehlung mit Bericht 17/13116 des WK vom 29.09.2016
4. Beschluss des Plenums 17/13405 vom 13.10.2016
5. Plenarprotokoll Nr. 83 vom 13.10.2016

Bayerischer Landtag

17. Wahlperiode 08.06.2016 **Drucksache** 17/**11816**

Dringlichkeitsantrag

der Abgeordneten **Markus Rinderspacher, Kathrin Sonnenholzner, Ruth Müller, Kathi Petersen, Ruth Waldmann, Inge Aures, Volkmar Halbleib, Natascha Kohnen, Hans-Ulrich Pfaffmann, Dr. Simone Strohmayr, Margit Wild, Georg Rosenthal, Susann Biedefeld, Isabell Zacharias** und **Fraktion (SPD)**

Mindestpersonalschlüssel an Universitätsklinika in Bayern einführen!

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert, an den Universitätsklinika in Bayern einen verbindlichen Personalschlüssel für den Pflegebereich einzuführen.

Begründung:

Im Pflegedienst der Krankenhäuser wurden bundesweit in den Jahren 1996 bis 2007 mehrere Zehntausend Stellen abgebaut. Zugleich nahm der Anteil älterer und multimorbider Patienten zu und stieg die Zahl der vollstationären Patientinnen bzw. Patienten und mehr noch die der vor- und nachstationär behandelten sowie der ambulant operierten Patientinnen bzw. Patienten. Stellenabbau bei gleichzeitigem Leistungszuwachs führte zu einer immer weiter steigenden Arbeitsbelastung, die in vielen Kliniken bereits zu einer chronischen Arbeitsüberlastung geführt hat. Diese wiederum gefährdet die Gesundheit des Pflegepersonals und ein zunehmender Teil des Pflegepersonals versucht seine Gesundheit entweder durch Reduzierung der individuellen Arbeitszeit oder den Wechsel in andere Bereiche wie beispielsweise die ambulante Pflege zu schützen. Sowohl international vergleichende Analysen des Betreuungsverhältnisses (Patienten pro Pflegekraft), als auch eine Reihe nationaler Erhebungen zur Arbeitsbelastungssituation weisen auf eine enorme Arbeitsverdichtung in der Pflege seit der flächendeckenden Einführung des DRG-Systems im Jahre 2004 hin. Mittlerweile können vielfach notwendige pflegerische Leistungen aufgrund von Zeitmangel nicht erbracht werden, was entsprechende Konsequenzen für die Versorgungsqualität mit sich bringt. Die Überlastung des Personals erhöht die Fehlerquote, was zu Lasten der Patienten geht. Die Pflege wird im DRG-System derzeit über eine indirekte Orientierung an der inzwischen veralteten Pflegepersonalregelung (PPR) berücksichtigt. Dabei wird jedoch nicht der pflegerische Bedarf der Patienten oder der tatsächlich geleistete pflegerische Aufwand erfasst. Personalreduzierungen in den Kalkulationskrankenhäusern haben somit eine unmittelbare Reduktion des Umfangs an kalkulierten Pflegekosten in den jeweiligen Fallgruppen zur Folge. Zwar steht es den Krankenhäusern frei von diesen Kalkulationsvorgaben abzuweichen. Eine überdurchschnittliche Personalbesetzung führt jedoch ceteris paribus zu sinkenden Deckungsbeiträgen, welche sich unter den derzeitigen wirtschaftlichen Rahmenbedingungen nur die wenigsten Krankenhäuser leisten können (Simon, M.: Personalbesetzungsstandards für den Pflege-dienst der Krankenhäuser. Hannover, 2014. Thomas, D., Reifferscheid, A., Pomorin, N., Wasem, J.: Instrumente zur Personalbemessung und -finanzierung in der Krankenhauspflege in Deutschland. Essen, 2014).

Die im Pflegestellenförderprogramm des Krankenhausstrukturgesetzes vorgesehenen Mittel für die Schaffung zusätzlicher Stellen für die Pflege sind nicht ausreichend, um die dramatische Personalnot zu beheben. Voraussichtlich sind mindestens 8 Mrd. Euro notwendig, um die erforderlichen 162.000 Stellen – davon alleine 70.000 in der Pflege – zu schaffen.

Am landeseigenen Berliner Universitätsklinikum Charité wurde am 28. April 2016 der bundesweit erste Tarifvertrag unterzeichnet, der einer Klinik verbindliche Personalschlüssel vorschreibt. Damit geht einer der ungewöhnlichsten Tarifkonflikte des Landes zu Ende. Nach einem Streik hatten sich in einer Urabstimmung 89 Prozent der ver.di-Mitglieder in der Charité für das Angebot des Klinikvorstands ausgesprochen, einen Mindestpersonalschlüssel einzuführen und mindestens 200 neue Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter im Pflegebereich einzustellen. Der zuständige Gesundheitssenator Mario Czaja (CDU) stellte zum Abschluss des Tarifvertrags fest, dass dieser hoffentlich Signalwirkung entfalten werde und dass es sich nicht nur um einen guten Tag für die Charité, sondern für die gesamte Krankenhauslandschaft handele.

Drucksachen, Plenarprotokolle sowie die Tagesordnungen der Vollversammlung und der Ausschüsse sind im Internet unter www.bayern.landtag.de - Dokumente abrufbar. Die aktuelle Sitzungsübersicht steht unter www.bayern.landtag.de – Aktuelles/Sitzungen zur Verfügung.

FREIEN WÄHLER – seine Zustimmung geben will, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind die Fraktionen der FREIEN WÄHLER und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN. Gegenstimmen, bitte. – Das sind die Fraktionen der SPD und der CSU. Gibt es Enthaltungen? – Das ist nicht der Fall. Damit ist dieser Dringlichkeitsantrag abgelehnt.

Die Dringlichkeitsanträge auf den Drucksachen 17/11814, 17/11816 bis einschließlich 17/11818 und 17/11831 werden in die zuständigen federführenden Ausschüsse verwiesen.

Ich komme damit zurück zur Abstimmung über die vorherigen Dringlichkeitsanträge zu den Themen Lehrerstellen und Unterrichtsausfall. Ich beginne mit dem Dringlichkeitsantrag auf der Drucksache 17/11829; das ist der Antrag der Fraktion der FREIEN WÄHLER.

(Zuruf von den FREIEN WÄHLERN: Getrennte Abstimmung!)

Die Fraktion der FREIEN WÄHLER hat um getrennte Abstimmung gebeten. Dann lasse ich zunächst über die Nummer 1 dieses Dringlichkeitsantrags abstimmen. Nach den Worten "Die Staatsregierung wird aufgefordert," lautet der Text der Nummer 1:

dem Landtag transparent darzulegen, wie viele der 1.079 im Nachtragshaushalt beschlossenen Planstellen bisher an den unterschiedlichen Schularten zum Stichtag 1. Juni 2016 bereits besetzt wurden

Wer der Nummer 1 dieses Dringlichkeitsantrags zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind alle Fraktionen. Gibt es Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Jeweils keine. Damit ist diese Nummer 1 insoweit beschlossen.

Wir kommen damit zur Abstimmung über die Nummer 2 des Dringlichkeitsantrags der FREIEN WÄHLER auf Drucksache 17/11829. In dieser Nummer geht es darum, dass ein Maßnahmenkatalog vorgelegt werden soll. Der Antragstext liegt Ihnen vor und ist bekannt. Wer der Nummer 2 dieses Dringlichkeitsantrages zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind die Fraktionen der SPD, der FREIEN WÄHLER und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN. Gegenstimmen? – Das ist die Fraktion der CSU. Gibt es Enthaltungen? – Keine. Damit ist die Nummer 2 dieses Dringlichkeitsantrags abgelehnt.

Damit kommen wir zur namentlichen Abstimmung über den Dringlichkeitsantrag auf der Drucksache 17/11810, das ist der Antrag der SPD-Fraktion. Die Urnen stehen bereit. Wir beginnen mit der Abstimmung. Dafür stehen fünf Minuten zur Verfügung.

(Namentliche Abstimmung von 16.46 bis 16.51 Uhr)

So, meine Damen und Herren, die Abstimmungszeit ist abgelaufen. Ich schließe die Abstimmung. Ich bitte Sie, wieder Platz zu nehmen, damit wir die verbliebene Sitzungszeit noch gut nutzen können.

(Unruhe – Glocke des Präsidenten)

Ich bitte, Platz zu nehmen.

Ich rufe zur gemeinsamen Beratung die **Tagesordnungspunkte 9 bis 11** auf:

Antrag der Abgeordneten Herbert Woerlein, Harry Scheuenstuhl, Klaus Adelt u. a. (SPD)
Finanzierungsplan für den stufenweisen Neubau der Auffangstation für Reptilien (Drs. 17/9801)

und

Antrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Benno Zierer u. a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Auffangstation für Reptilien in München unterstützen - Finanzierungskonzept für Neubau in Neufahrn (Drs. 17/11001)

und

Antrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Rosi Steinberger u. a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Reptilienauffangstation München (Drs. 17/10662)

Bevor ich die Aussprache eröffne, gebe ich bekannt, dass zu allen drei Anträgen namentliche Abstimmung beantragt wurde. Ich eröffne die gemeinsame Aussprache. Die Gesamtredezeit der Fraktionen beträgt nach der Geschäftsordnung 36 Minuten. Die Verteilung ist Ihnen bekannt. Erster Redner ist Herr Kollege Woerlein für die SPD. Bitte schön.

Herbert Woerlein (SPD): Sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrte Frau Staatsministerin Scharf, werte Kolleginnen und Kollegen! Warum ist die Reptilienauffangstation etwas Besonderes? – Die Reptilienauffangstation ist in Deutschland die größte Auffangstation für exotische Heimtiere mit jährlich über 1.200 geretteten und weitervermittelten Tieren. Diese Tiere stammen entweder von Privatpersonen, oder es handelt sich um Fundtiere. Der Großteil aber kommt aus Beschlagnahmungen des Zolls oder der Polizei.

Träger der Einrichtung ist ein gemeinnütziger Verein, der 2001 unter dem Namen "Auffangstation für Reptilien München e. V." gegründet wurde. In manchen Arbeitsfeldern sind starke Parallelen zur Arbeit der rund

Bayerischer Landtag

17. Wahlperiode 29.09.2016 **Drucksache** 17/**13116**

Beschlussempfehlung und Bericht

des Ausschusses für Wissenschaft und Kunst

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Markus Rinderspacher, Kathrin Sonnenholzner, Ruth Müller u.a. und Fraktion (SPD)
Drs. 17/**11816**

Mindestpersonalschlüssel an Universitätsklinika in Bayern einführen!

I. Beschlussempfehlung:

Ablehnung

Berichterstatter: **Georg Rosenthal**
Mitberichterstatter: **Oliver Jörg**

II. Bericht:

1. Der Dringlichkeitsantrag wurde dem Ausschuss für Wissenschaft und Kunst federführend zugewiesen. Der Ausschuss für Fragen des öffentlichen Dienstes, der Ausschuss für Gesundheit und Pflege und der Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen haben den Dringlichkeitsantrag mitberaten.
2. Der federführende Ausschuss hat den Dringlichkeitsantrag in seiner 49. Sitzung am 15. Juni 2016 beraten und mit folgendem Stimmergebnis:
   CSU: Ablehnung
   SPD: Zustimmung
   FREIE WÄHLER: Zustimmung
   B90/GRÜ: Zustimmung
   Ablehnung empfohlen.
3. Der Ausschuss für Fragen des öffentlichen Dienstes hat den Dringlichkeitsantrag in seiner 42. Sitzung am 28. Juni 2016 mitberaten und mit folgendem Stimmergebnis:
   CSU: Ablehnung
   SPD: Zustimmung
   FREIE WÄHLER: kein Votum
   B90/GRÜ: Zustimmung
   Ablehnung empfohlen.
4. Der Ausschuss für Gesundheit und Pflege hat den Dringlichkeitsantrag in seiner 49. Sitzung am 27. September 2016 mitberaten und mit folgendem Stimmergebnis:
   CSU: Ablehnung
   SPD: Zustimmung
   FREIE WÄHLER: Zustimmung
   B90/GRÜ: Zustimmung
   Ablehnung empfohlen.
5. Der Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen hat den Dringlichkeitsantrag in seiner 125. Sitzung am 29. September 2016 mitberaten und mit folgendem Stimmergebnis:
   CSU: Ablehnung
   SPD: Zustimmung
   FREIE WÄHLER: Zustimmung
   B90/GRÜ: Zustimmung
   Ablehnung empfohlen.

Prof. Dr. Michael Piazolo
Vorsitzender

Drucksachen, Plenarprotokolle sowie die Tagesordnungen der Vollversammlung und der Ausschüsse sind im Internet unter www.bayern.landtag.de - Dokumente abrufbar. Die aktuelle Sitzungsübersicht steht unter www.bayern.landtag.de – Aktuelles/Sitzungen zur Verfügung.

Bayerischer Landtag

17. Wahlperiode 13.10.2016 **Drucksache** 17/**13405**

Beschluss

des Bayerischen Landtags

Der Landtag hat in seiner heutigen öffentlichen Sitzung beraten und beschlossen:

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten **Markus Rinderspacher, Kathrin Sonnenholzner, Ruth Müller, Kathi Petersen, Ruth Waldmann, Inge Aures, Volkmar Halbleib, Natascha Kohnen, Hans-Ulrich Pfaffmann, Dr. Simone Strohmayr, Margit Wild, Georg Rosenthal, Susann Biedefeld, Isabell Zacharias** und **Fraktion (SPD)**

Drs. 17/**11816**, 17/**13116**

Mindestpersonalschlüssel an Universitätsklinika in Bayern einführen!

Ablehnung

Die Präsidentin

I.V.

Reinhold Bocklet

I. Vizepräsident

Drucksachen, Plenarprotokolle sowie die Tagesordnungen der Vollversammlung und der Ausschüsse sind im Internet unter www.bayern.landtag.de - Dokumente abrufbar. Die aktuelle Sitzungsübersicht steht unter www.bayern.landtag.de – Aktuelles/Sitzungen zur Verfügung.

Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Zweite Vizepräsidentin Inge Aures

Zweite Vizepräsidentin Inge Aures: Ich rufe nun den **Tagesordnungspunkt 3** auf:

Abstimmung

über Verfassungsstreitigkeiten und Anträge, die gemäß § 59 Abs. 7 der Geschäftsordnung nicht einzeln beraten werden (s. Anlage 1)

Hinsichtlich der jeweiligen Abstimmungsgrundlagen mit den einzelnen Voten der Fraktionen verweise ich auf die Ihnen vorliegende Liste.

(Siehe Anlage 1)

Wer mit der Übernahme seines Abstimmungsverhaltens bzw. des jeweiligen Abstimmungsverhaltens seiner Fraktion entsprechend der aufgelegten Liste einverstanden ist, den bitte ich jetzt um sein Handzeichen. – Gegenstimmen? – Keine Gegenstimmen. Stimmenthaltungen? – Auch keine. Damit übernimmt der Landtag die Voten.

Beschlussempfehlungen der Ausschüsse, die der Abstimmung über die nicht einzeln zu beratenden Verfassungsstreitigkeiten und Anträge zugrunde gelegt wurden (Tagesordnungspunkt 3)

Es bedeuten:

(E)	einstimmige Zustimmungsempfehlung des Ausschusses
(G)	Zustimmungsempfehlung des Ausschusses mit Gegenstimmen
(ENTH)	Zustimmungsempfehlung des Ausschusses mit Enthaltungen oder Enthaltung einer Fraktion im Ausschuss
(A)	Ablehnungsempfehlung des Ausschusses oder Ablehnung einer Fraktion im Ausschuss
(Z)	Zustimmung einer Fraktion im Ausschuss

Verfassungsstreitigkeiten

1. Schreiben des Bayerischen Verfassungsgerichtshofs vom 24. August 2016 (Vf. 12-VII-16) betreffend Antrag auf Feststellung der Verfassungswidrigkeit des § 19 Abs. 1 Satz 2 der Schulordnung für die Mittelschulen in Bayern (Mittelschulordnung – MSO) vom 4. März 2013 (GVBl. S. 116, BayRS 2232-3-K), die zuletzt durch § 3 der Verordnung vom 1. Juli 2016 (GVBl. S. 193) geändert worden ist
   PII/G 1310.16-0008
   Drs. 17/13062 (E)

   I. Der Landtag beteiligt sich an dem Verfahren.

   II. Der Antrag ist unbegründet.

   III. Zum Vertreter des Landtags wird der Abgeordnete Jürgen W. Heike bestellt.

   Votum des federführenden Ausschusses für Verfassung, Recht und Parlamentsfragen

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
Z	Z	Z	Z

2. Schreiben des Bayerischen Verfassungsgerichtshofs vom 31. August 2016 (Vf. 11-VII-16) betreffend Antrag auf Feststellung der Verfassungswidrigkeit des § 2 Abs. 1 und des § 3 Abs. 1 der Parkgebührenverordnung der Gemeinde Schönau a. Königssee vom 23. März 2009
PII/G 1310.16-009
Drs. 17/13064 (E)

Der Landtag beteiligt sich nicht an dem Verfahren.

Votum des federführenden Ausschusses für
Verfassung, Recht und Parlamentsfragen

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
Z	Z	Z	Z

Anträge

3. Antrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Jürgen Mistol u.a. BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Gebäudebegrünung für ein gutes (Wohn)Klima in Städten
Drs. 17/11611, 17/13101 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Wirtschaft und Medien, Infrastruktur, Bau und Verkehr, Energie und Technologie

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
A	ENTH	A	Z

4. Antrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Gisela Sengl u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Umweltgutachten 2016 – Vorreiterpolitik für eine ökologische Transformation im Agrarbereich umsetzen
Drs. 17/11612, 17/13123 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Umwelt und Verbraucherschutz

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
A	Z	Z	Z

5. Antrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Johann Häusler u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Gleichwertigkeit von beruflicher und akademischer Bildung – Meisterbonus auch nach 2016
Drs. 17/11715, 17/13102 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Wirtschaft und Medien, Infrastruktur, Bau und Verkehr, Energie und Technologie

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
A	Z	Z	Z

6. Antrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Johann Häusler u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Wohnraumschaffung durch Bestandssanierungen im ländlichen Raum im Rahmen des Wohnungspakt Bayern stärken
Drs. 17/11719, 17/13103 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Wirtschaft und Medien, Infrastruktur, Bau und Verkehr, Energie und Technologie

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
A	ENTH	Z	Z

7. Antrag der Abgeordneten Klaus Adelt, Dr. Paul Wengert, Prof. Dr. Peter Paul Gantzer u.a. SPD
Nahversorgung sichern IV:
Kommunale Einzelhandelsgutachten fördern
Drs. 17/11755, 17/13104 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Wirtschaft und Medien, Infrastruktur, Bau und Verkehr, Energie und Technologie

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
Z	Z	Z	Z

8. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Markus Rinderspacher, Kathrin Sonnenholzner, Ruth Müller u.a. und Fraktion (SPD)
Mindestpersonalschlüssel an Universitätsklinika in Bayern einführen!
Drs. 17/11816, 17/13116 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Wissenschaft und Kunst

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
A	Z	Z	Z

9. Antrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Peter Meyer u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Sofortige Unterstützung für das Landesamt für Datenschutzaufsicht
Drs. 17/11832, 17/13020 (A) [X]

Antrag der CSU-Fraktion gem. § 126 Abs. 3 BayLTGeschO: Abweichendes Votum des mitberatenden Ausschusses für Verfassung, Recht und Parlamentsfragen

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
A	E	Z	Z

10. Antrag der Abgeordneten Bernhard Seidenath, Klaus Holetschek, Kerstin Schreyer-Stäblein u.a. CSU
Osteopathiegesetz für Rechtssicherheit bei den Leistungserbringern
Drs. 17/11923, 17/13155 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für Gesundheit und Pflege

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
Z	Z	Z	Z

11. Antrag der Abgeordneten Klaus Holetschek, Kerstin Schreyer-Stäblein, Jürgen Baumgärtner u.a. CSU
Studie zur sozioökonomischen Bedeutung der medizinischen Rehabilitation in Bayern
Drs. 17/11925, 17/13110 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für Gesundheit und Pflege

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
Z	Z	Z	Z

12. Antrag der Abgeordneten Kerstin Schreyer-Stäblein, Ingrid Heckner, Dr. Florian Herrmann u.a. CSU
Wohnungsbau stärken, mehr Staatsbedienstetenwohnungen
Drs. 17/11943, 17/13112 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für Staatshaushalt und Finanzfragen

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
Z	Z	Z	Z

13. Antrag der Abgeordneten Petra Guttenberger, Dr. Otto Hünnerkopf, Dr. Franz Rieger u.a. CSU
Buchungs- und Reiseportale – Verbraucherschutz durch Transparenz
Drs. 17/12009, 17/12033 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für Verfassung, Recht und Parlamentsfragen

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
Z	Z	Z	Z